

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 4-5

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zug der lustigen Britschmeister ausgelassen, mutig und ihrer Sendung bewußt an.

Aus unscheinbaren Anfängen hat sich der stolze Baum schweizerischer Dichtung zu reicher Blüte entfaltet. Jederzeit hat die schweizerische Literatur dem Ruf der Zeit gehorcht, aber sie ist dennoch selbständig geblieben. Sie hat gelernt, aber nur um ihre Eigenart noch kräftiger zur Geltung zu bringen. Möge sie noch manche kostbare Blüte hervorbringen! Möge ihr noch mancher gute Jahrgang gedeihen!

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

fünfzig Jahre „Gute Schriften“. / Schulpolitische Gedanken aus der Landesausstellung. / Der Fall Bernoulli.

Schon früh in meiner Jugend bin ich den Hefen des „Vereins für Verbreitung guter Schriften“ begegnet. Ich hatte einen älteren Freund, der sich beinahe allwöchentlich um wenig Geld eine solche Schrift — bald war es ein Roman, bald eine schlichte Erzählung oder eine Lebensbeschreibung — erstand, um beschaulich mit ihr den Sonntag zu verbringen. Nun ist jener Freund schon lange dahingegangen, aber noch immer erinnert mich eine Beige „Guter Schriften“, die er mir hinterließ, an seine Lesertreue.

In den fünfzig Jahren seit 1889, da die „Guten Schriften“ aufkamen, mag es Tausende und Abertausende von Leuten jeden Alters gegeben haben, die sich wie mein Freund regelmäßig in die dargebotenen reichen Schätze vertieften. „Mehr als zwanzig Millionen Hefte und Heflein“, sagt uns der Jubiläumsbericht, „sind in die Hände von alten und jungen Schweizern aller Volksschichten gelangt“, und wir stimmen ihm bei, wenn er mit den Worten fortfährt, sie hätten „sicherlich mannigfaltigen Segen gestiftet“. Die „Guten Schriften“ sind fürwahr ein Großwerk schweizerischer Bildungsarbeit. Wer die Zahlen unseres Schrifttums zu lesen versteht, weiß, was es bedeutet, daß der Basler Verein gleich zu Anfang zweimal je 40 000 Gotthelfhefte schlankweg absetzen konnte, daß der sonst schon gewiß in ungezählten Auflagen verbreitete „Wilhelm Tell“ es von 1891 bis heute auf 320 000 Exemplare brachte, und daß sogar der Erziehungsroman „Lienhard und Gertrud“ von Pestalozzi 40 000 Abnehmer fand. Die Darbietungen des Vereins haben aber dieses Vertrauen des Schweizervolkes auch vollends verdient. Im Kampfe gegen das Unwesen der aus dem Auslande einbringenden billigen Schundliteratur, welcher der reguläre Verlags- und Buchhandel mit seinen hohen Ansprüchen entweder nicht beikommen konnte oder wollte, machten es sich die Gründer zur Wegleitung, „bei der Auswahl der Schriften den einheimischen Erzählern einen gewissen Vorzug einzuräumen“. „Darstellungen schweizerischen Lebens, von unseren besten Dichtern gestaltet, denen also der Erdgeruch der Heimat anhaftete, sollten vorherrschend sein und dem Gesamtwerk der „Guten Schriften“ das schweizerische Gepräge geben“. Daß diesem Grundsatz getreulich nachgelebt wurde, erhellt aus der weiteren Feststellung, daß drei Fünftel der berücksichtigten 300 Autoren der Schweiz angehören. Schon lange bevor der Ausdruck unter uns auftauchte, machte sich also der „Verein für Gute Schriften“ um die geistige Landesverteidigung verdient. Er verstand es, trotz

allen Widerständen durch gediegene Belehrung und Unterhaltung — die den Urhebern naheliegende moralisierende Tendenz wurde glücklicherweise vermieden — den Sinn weitester Volkskreise für die wahrhaftige und urwüchsige Schweizer Geistesart zu heben.

Leider haben nun die Zeiten geändert. Der Jubiläumsbericht tut dar, daß der Verein jetzt nur noch mit den halben Auflagezahlen von ehemals rechnen könne. Auch die bessere Ausstattung, der buntere Umschlag der Hefte vermögen nicht zu helfen. Wir wissen, daß die Lesefreudigkeit zufolge des Rundspruches, des ausgedehnten Zeitungswesens, des Sportes und der Kinematographie zurückgegangen ist. Wie viele junge Leute gibt es wohl noch, die sich wie der Freund, von dem ich eingangs erzählte, fast allwöchentlich ein Heft der „Guten Schriften“ kaufen, um damit in Beschaulichkeit den Sonntag zu verbringen? Man könnte verzagen. Allein es ist nicht gesagt, daß sich das heutige Austollen des Volkes in körperlicher Bewegung, schnellem Beschauen und raschem Hören bis in alle Zeiten fortsetze. Es kann auch wieder mehr Ruhe und Wertschätzung der guten Literatur bei uns einkehren. Bis dahin bleibt hoffentlich der „Verein für Verbreitung Guter Schriften“ auf seinem Posten. Und — um allfälligen Gedanken, die nicht mehr zügigen „Guten Schriften“ zu verstaatlichen, vorzugreifen — möchte ich gleich beifügen: er soll mit seiner glänzenden privaten Initiative auf dem Posten bleiben, denn so gut, wie er es tut, kann niemand anders seine Aufgabe an unserem Volke erfüllen.

* * *

Wir betreten miteinander das „Schulhaus“ der Landesausstellung. Im ersten Pavillon stellen sich die sieben Universitäten und die Eidgenössische Technische Hochschule dar: man gewinnt Einblicke in die wissenschaftliche Lehre und Forschung. Die zweite Abteilung ist den Mittelschulen gewidmet, welche der Bildung zur Humanität geistiger wie technischer Richtung dienen sollen. Drittens hat auch die Volksschule hier eine Stätte, wo sie ihre Bemühungen und Erfolge um die gesamte Jugend der Nation klarlegt. Weitere Räume sind dem gewerblichen und kaufmännischen Bildungswesen einerseits und den Privatschulen andererseits überlassen. Auf allen Abteilungen begegnen wir Zeugnissen von dem hohen Stande der schweizerischen Pädagogik, sei es, daß er sich in der Methodik der Lehrgänge, sei es, daß er sich in den Leistungen der Schüler ausdrückt. Fast will es uns indessen als unmöglich erscheinen, aus der Fülle des Gezeigten die wegleitenden Gedanken herauszufinden. Weder die Volks- noch die Mittel- noch die Hochschulen haben uns das nämlich so leicht gemacht wie die Privatschulen, die in trefflicher geistiger — nicht stofflicher — Thematik ihre Grundgedanken zur Geltung brachten. Immerhin lassen sich aus dem Gezeigten doch einige schulpolitische Richtlinien erkennen, die uns zu Erörterungen Anlaß geben.

Das Schweizervolk hat für Bildung ein besonders ausgeprägtes Bedürfnis und einen hervorragenden Ehrgeiz, die sich offenbar kaum genug ausweiten können. Als Folge davon erkennen wir ein sehr hohes geistiges Niveau. Zu dieser Beobachtung möchte ich bemerken, daß unserem Volke aus seinem heutigen Schulwesen sowohl ein großer Nutzen als auch eine große Gefahr erwächst, insofern nämlich eine große Gefahr, als die hohe Bildung langsam das Fundament urwüchsiger Kraft aushöhlt und die Nation zu einem geistigen „Herrenvolk“ werden läßt, das sich selbst nicht mehr genügen kann und zu seiner Existenz fremder Hilfe bedarf. Die in Urproduktion und Handarbeiten tätigen Bevölkerungsschichten werden entleert. Wir haben ja jetzt schon ein sprechendes Beispiel dafür in dem Mangel an einheimischen Dienstmädchen: die Mädchen der einfachen Volksschichten werden so überbildet, daß sie für Haushaltstellen nicht mehr in Betracht kommen, und die Folge ist dann nicht nur der

Beizug, sondern auch das Sefhaftwerden von Ausländerinnen. In der Ausstellung läßt sich die steigende Bildungstendenz deutlich verfolgen, so zum Beispiel wenn für das Semester 1890/91 an Studenten verzeichnet werden 1563 männliche und 23 weibliche, wogegen im Semester 1938/39 nicht weniger als 6485 Männer und 1113 Frauen im Studium erscheinen. Man könnte auch etwa darauf hinweisen, daß im Kanton Zürich die obligatorischen Lehrbücher der Sekundarschulen binnen wenigen Jahrzehnten um mehrere 100 Seiten an Umfang zugenommen haben. Selbst die gewöhnliche Volksschule steigert — wie aus ihrer reichhaltigen Schaustellung zu ersehen ist — ihre Bildungsziele zusehends. Das staatliche Schulwesen ist offensichtlich von dem Gedanken beseelt, daß die höchste Sachbildung dem Volke auch den höchsten Nutzen bringe. Dazu müssen wir aber unbedingt ein Fragezeichen setzen. Es gibt eine Grenze. Wir begegnen ihr zwar in der Landesausstellung nicht, aber sie liegt dort, wo der Bestand der Volksschichten kraft der Bildung in Gefahr kommt.

In der Volksschulabteilung habe ich den Satz gelesen: „Der Bürger unserer Demokratie entscheidet mit dem Stimmzettel in allen wesentlichen Schulfragen“. Die Richtigkeit dieser Behauptung ist formell nicht zu bestreiten. Wir haben bei uns wirklich die demokratische Einrichtung, daß die Schulgesetze, die Schulaufsicht und die Lehrerwahlen Sachen des Volkes sind. Die Dauer der Schulbildung, den Bau von Schulhäusern, die Anschaffung von Schulmaterialien, den Inhalt des Schulunterrichtes, wer bestimmt das letzten Endes alles, wenn nicht das Volk, der Stimmberechtigte? Man kann also letztlich die ganze Schulausstellung oder besser das gesamte Schulwesen als Werk der Bürgerschaft betrachten. Indessen kommen einem beim Gang durch das „Schulhaus“ doch auch wieder gewisse Bedenken. Wenn man heute z. B. separaturn zur Abstimmung brächte: „Soll man Kino und Rundfunk in der Schule verwenden?“ „Sind die Oberklassen der Primarschule angemessen ausgebaut?“ „Ist die Belastung des Sekundarschülers mit Lehrstoff angemessen?“ „Genügt der heutige Unterricht in der Muttersprache und in heimatlicher Haltung?“ — wenn man solche Fragen zur Abstimmung brächte, so bin ich überzeugt, daß sich die Bürgerschaft mehrheitlich gegen die Schulordnung von heute aussprechen würde. Das zeigt, daß eben doch das Volk heute das Schulwesen nicht mehr so ganz in den Fingern hat. Es geschieht lange nicht mehr alles „durch den Willen des Volkes“. Weithin geben die Fachleute der Schule den Ausschlag, die Lehrer. Warum werden mit Vorliebe nur noch solche Fachleute in die Erziehungsbehörden gewählt? Doch wohl eben darum, weil das Schulwesen zu einer solchen Fachsache geworden ist, daß man glaubt, anderen Leuten aus dem Volke kein rechtes Urteil mehr zutrauen zu können. Auch in dieser Verfachlichung der Schulleitung mit ihrer Distanzierung vom Volk liegt eine Gefahr, auf die man in der Ausstellung aufmerksam wird.

Eine weitere Beobachtung habe ich bereits in den einleitenden Worten ange-tönt: Sie betrifft den Unterschied in der Ausstellungsart zwischen den staatlichen Volks- und Mittelschulen einerseits und den privaten Schulen andererseits. Dort das Bestreben, möglichst viel konkrete Leistungen aufzuzeigen, eine gedrängte Häufung von Fächern, Methoden, Arbeiten, Anwendungen. Es ist eine Schaustellung, die sich ausnimmt wie das Denken eines Menschen, der sich tief in den Stoff und in die Technik hineingebohrt hat. Wohl steht in der Mitte ein Standbild Pestalozzis, aber — wie mir scheinen will — bedeutet es mehr eine Anklage als eine Rechtfertigung seiner Umgebung. Hier bei den Privatschulen dagegen bietet sich dem Beobachter ein ganz anderes Bild. Es waltet hier jene Ruhe, Sicherheit und Überlegenheit, die es nur geben kann, wo große Gedanken zu Grunde liegen und den Weg weisen. Hier hat Heinrich Pestalozzi zwar nicht in figura, aber mit seinem Geiste eine Heimstatt gefunden. Von allen Wänden sprechen seine Worte zu uns. Er gibt uns Antwort auf die

Fragen: „Was ist Erziehung?“ „Wie erziehen wir?“ „Wo erziehen wir?“ Er lehrt uns: „Der Mensch wird nur durch die übereinstimmende Ausbildung seiner Kräfte seiner Vollendung entgegengeführt . . . Die Bildung der Menschlichkeit, die Menschenbildung und alle ihre Mittel sind in ihrem Ursprung und in ihrem Wesen ewig die Sache des Individuums und solcher Institutionen, die sich nahe an dasselbe, an sein Herz und den Geist anschließen . . .“ Kurz — es strahlt das Licht der Geistigkeit durch den ganzen Raum. Das wirkt gewinnend. Auch wenn man nicht voll überzeugt sein sollte davon, daß die Privatschulen ganz in Pestalozzi aufgehen, so haben sie doch mit ihrer Ausstellung den Weg einer Verjüngung des Schulwesens gewiesen, und man möchte wünschen, daß dadurch auch den staatlichen Volksschulen ein Licht aufgehe. Mit ihrem Bildungsmaterialismus können sich die Staatsschulen nämlich nicht mehr auflassen.

Im Zusammenhang damit will ich noch einen letzten Gedanken aussprechen: Unserem Volke kommt das Nebeneinander von staatlichen und privaten Schulen wohl zu statten; darum gilt es, die Unterrichtsfreiheit in den kantonalen Ständen zu wahren. Naturgemäß verhält es sich so, daß die staatlichen Schulen einen Schultypus verkörpern, der stark in der Vergangenheit wurzelt und gewissermaßen die Summe ihrer guten Erfahrungen darstellt. Da hier alles in Gesetzen und Traditionen festgelegt ist, erweist sich die Staatsschule als konservativ in jeder Beziehung. Wer durch das „Schulhaus“ der Landesausstellung schreitet, merkt das auf Schritt und Tritt an den Arbeitsmethoden, an den Fächern, an den Lehrzielen. Demgegenüber erweist sich das private Schulwesen — inbegriffen die freien konfessionellen Volksschulen — als das lebendige pädagogisch entwicklungsfähige Element. Hier fallen alle jene gesetzlichen Hemmungen der Vergangenheit weg, hier ist eine freie, schöpferische Gestaltung möglich, allerdings auch mit allen Gefahren ausgesprochener Fehlentwicklung. Am besten wird es sein, wenn Staatsschule und Privatschule einander in einem edeln Wettstreit stets gegenseitig anspornen, aber — wenn nötig — auch warnen.

* * *

Es war eine Folge der in unserer Demokratie gewährleisteten Glaubens-, Gewissens- und politischen Freiheit, daß der Staat bei der Wahl seiner Beamten grundsätzlich nur auf die technischen Fähigkeiten sehen durfte. Was diese Leute außerhalb ihres Amtes auf religiösem oder politischem Gebiete trieben, dafür hatte er grundsätzlich kein Mittel der Wahrnehmung. So kam es, daß man — aus Gründen der politischen Notwendigkeit — den Beamten von Staates wegen eigentlich nicht als volle Person in Anspruch nahm, sondern sich gewissermaßen nur seine Fähigkeiten in einer bestimmten Richtung zu Nutze machte. Natürlich konnte dieses Prinzip in der Praxis niemals durchgeführt werden, wenn man auch formell daran festhielt. So dürften insgesamt in der Geschichte unserer Verwaltung nur wenige Fälle vorgekommen sein, wo die Wahlbehörde nicht mit den technischen Fähigkeiten auch den ganzen geistigen, religiösen und politischen Habitus des Kandidaten in Betracht zog. Öffentlich davon zu reden, ging allerdings nicht an.

Der Wandel der Zeit prägt sich nun darin aus, daß der Staat jenes Auge, das er früher — (angeblich!) — zudrückte, um nichts von Religion und Politik zu sehen, etwas zu öffnen beginnt. Der Fall des Architekturprofessors Bernoulli an der Eidgenössischen Technischen Hochschule ist dafür ein sprechender Beweis. Bernoulli hatte seit 25 Jahren einen Lehrauftrag für Städtebau, den er nach sozusagen einstimmigem Urteil mit großem Erfolge ausübte. Dieser Lehrauftrag ist ihm nun Ende Dezember 1938 nicht mehr erneuert worden, weil er durch seine „Außertätigkeit das Ansehen und den guten Ruf der Eidgenössischen Technischen Hochschule geschädigt“ habe und zwar „durch Angriffe

gegen verantwortlichste Bundesstellen". Im Einzelnen wurde Bernoulli zum Vorwurf gemacht, daß er als Präsident des Schweizerischen Freiwirtschaftsbundes unter dem Pseudonym „Emanuel Kupferblech“ in der „Freiwirtschaftlichen Zeitung“ sehr scharfe Vorwürfe lanciert hatte. So wünschte er sich — in Versform wie gewohnt — gegenüber der „Krisenmacherei“-Politik der Nationalbank einen neuen Tell, von dem er sich vorstellte:

Er läg an einem Bauzaunspalt
beim Bürkliplatz im Hinterhalt!

Das war auf den Nationalbankpräsidenten gemünzt. Auch in seinen Reden soll er einen heftigen Ton gewählt haben, ohne daß es möglich gewesen wäre, ihn zu einer Mäßigung seiner Kritik zu veranlassen.

Gegenüber dem Verzicht der E. L. S. auf die weiteren Dienste Bernoullis sind von verschiedenen Seiten Stimmen laut geworden, die sich für das Prinzip der freien politischen Betätigung einsetzen. Das „Volksrecht“ sagte: „Bernoulli ist das Opfer seiner freiwirtschaftlichen Einstellung geworden“, und weiter: „Die sogenannte ‚Außentätigkeit‘ geht den Schulrat sowenig etwas an wie den Präsidenten des Schulrates.“ In den „Schweizerischen Republikanischen Blättern“ redete der Redaktor davon, daß an Bernoulli „ein Versuch der Gesinnungsraube“ verübt worden sei. Die „Freiwirtschaftliche Zeitung“ sah einen „Einbruch in unsere Freiheitsrechte“. Die jungliberale „Neue Generation“ empfahl Bundespräsident Etter die Erwägung der Frage, ob nicht die Achtung der politischen Freiheitsrechte, auch der Beamten, der wichtigste Teil schweizerischer Kulturwahrung wäre. Eine Versammlung in Zürich resolvierte u. a.: „daß ein hervorragender Fachmann von internationalem Ansehen lediglich deshalb entlassen wurde, weil er als Bürger, außerhalb seiner Lehrtätigkeit, vom Recht der Kritik an wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesbehörden Gebrauch machte.“ Der Sozialist Bringolf aus Schaffhausen ferner erklärte bei seiner Interpellation, die Entlassung sei „ein Skandal, eine Verletzung der Meinungsfreiheit“ und: „Nicht nur Bernoulli sei ein Unrecht geschehen, sondern allen demokratisch empfindenden Menschen.“ Ebenso nannte die „Neue Basler Zeitung“ die Entlassung „einen Schildbürgerstreich des Systems“ und „eine ausgesprochen undemokratische Maßnahme“. Gutheißung erfuhr das Vorgehen des Eidgenössischen Schulrates einzig von Seiten der freijinnig-demokratischen und katholisch-konservativen Presse.

Ich möchte mich ebenso zu den Befürwortern der Entlassung Bernoullis gesellen, glaube jedoch, daß dies einzig geschehen kann, wenn man sich auf den Boden einer neuen Auffassung von den Pflichten der Staatsbeamten stellt, denn der Entschluß des Schulrates weicht unbedingt von der alten Auffassung ab. Der Schulrat und mit ihm der Bundesrat haben den Standpunkt eingenommen, daß es bei einem Beamten nicht mehr wie früher bloß auf seine technischen Fähigkeiten und darauf ankomme, daß er gerichtlich keines Vergehens überwiesen ist. Sie verlangen im Gegenteil jetzt, außer den technischen Fähigkeiten auch noch eine innert gewissen Schranken sich haltende politische Gesinnung. Man wird gegen diese Feststellung nicht einwenden können, daß Bernoulli ja wegen seiner Ehrverletzungen und Drohungen nicht wieder beauftragt worden sei. Man wird das darum nicht einwenden können, weil es für den Staat — nach alter Auffassung — nur Ehrverletzungen gäbe, wenn diese durch die Gerichte festgestellt wären. So lange aber, wie hier, kein Urteil vorliegt, gehört das Tun des Beamten in seine Privatsphäre. Bernoulli ist also wegen seines privaten politischen Verhaltens gemäßregelt worden. Der Schulrat als Verwaltungsbehörde hat ihn unwürdig befunden. Die neue Auffassung geht eben dahin, daß jetzt — im Widerspruch zu der einstigen Trennung der Gewalten — auch die Verwaltungsbehörden über die bürgerliche Würdigkeit eines Beamten maßgebende Urteile fällen und nicht mehr die Gerichte allein. Von dem Gedanken ausgehend, daß die über-

triebene Gewaltentrennung der Vergangenheit wie auch die Prüfung der Beamten rein nach der technischen Seite hin von Übel sind, muß man die von Schulrat und Bundesrat eingenommene Stellung gutheißen. Es kann in den heutigen gefährlichen Zeiten weniger als je zugelassen werden, daß auch Beamte rückhaltlos Kritik üben können an den behördlichen Maßnahmen. Mit den Worten: „Die größte Gefahr für die Freiheit liegt darin, daß man jede Autorität in den Dreck zieht“ hatte Bundespräsident Etter recht. Die Behörden haben mit der Entlassung Bernoullis auch nicht mehr in die politische Freiheit eingegriffen als unbedingt nötig war. Es wird unsere große Sorge sein, daß der Gedanke einer Beschränkung der politischen Freiheit nur äußerst behutsam und nur für die Fälle äußerster Notwendigkeit zum Prinzip erhoben wird. Sowohl die politische Freiheit als auch eine gewisse Beschränkung dieser Freiheit gehören zur schweizerischen Kulturwahrung.

Bülach, den 3. Juli 1939.

Walter Hildebrandt.

Die internationale Lage.

Pariser Brief:

Die Welt in Erwartung: Krieg oder Frieden?

Hat der Monat Juni der Welt Ausichten auf Frieden gebracht? Hat er die allgemeine Sicherheit gestärkt, oder hat sich die Lage, die zu einem Konflikt führen könnte, verschlimmert? Diese Fragen stellt man sich in Paris. Jedoch, es muß hier bemerkt werden, daß diejenigen, die heute vor dieser Frage stehen, sich nicht mehr in der Geistesverfassung vom letzten September befinden. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß man in Paris einer Verschärfung des Konfliktes gelassen entgegensteht; jedermann weiß hier, welche Schrecken heute ein Krieg heraufbeschwören würde. Die Tagespresse hat sie dem Leser hinlänglich geschildert. Kein vernünftiger Mensch, denkt man hier, könnte ein derartiges Unheil herbeiwünschen, sei er nun Deutscher, Italiener oder Franzose. Aber Frankreich, in seiner Existenz bedroht, hat sich wiedergefunden, hat sich aufgerafft und stellt alle seine Kräfte in den Dienst einer steten militärischen Bereitschaft. Von Tag zu Tag mehr macht es sich mit dem Kriegsgedanken vertraut. Augenscheinlicher Beweis hiefür ist die Tatsache, daß die Möglichkeit der Katastrophe nicht mehr in demselben Maße, wie früher, allgemein erörtert wird. Man weiß überall, daß wir uns in einem latenten Kriegszustand befinden, daß wir uns auf Kriegswirtschaft umstellen, und zwar auf einen Krieg der Zermürbung — sowohl wirtschaftlich wie moralisch. Mit stoischer Gelassenheit nimmt man diese Belastungsprobe auf sich. Man macht sich auf noch Schlimmeres gefaßt.

* * *

Hier beschäftigt man sich vor allem mit der Frage, ob die Verhandlungen mit Moskau von Erfolg gekrönt sein werden oder nicht. Seit nahezu drei Monaten sind diese Verhandlungen nun im Gang. Es erweckt den Anschein, Rußland greife zu Ausflüchten. Jedenfalls besteht es hartnäckig auf seinen Bedingungen, und man fragt sich schließlich, ob denn der Kreml überhaupt reelle Absichten London und Paris gegenüber hegt? Verhandlungen setzen gegenseitige Konzessionen voraus, nicht aber eine zwangsweise Aufoktrohierung von Bedingungen des einen zu Lasten der beiden anderen Verhandlungspartner. Allein die U. R. S. S. ist sich bewußt, daß Zentraleuropa, ebenso wie Westeuropa ihrer Dienste bedarf, die nun dementsprechend teuer bezahlt werden sollen. Wird sie sich etwa dem Meistbietenden zur Verfügung stellen? Das ist die brennende Frage. Moskau

und Berlin bleiben in Verbindung. Heißt es nicht, Deutschland habe den Russen eine vierte Teilung Polens vorgeschlagen? Stand es nicht in den Zeitungen zu lesen, daß deutscherseits mit Rußland über ein Darlehen für deutsche Warenlieferungen verhandelt werde?

Abgesehen von Leuten, die aus Überzeugung oder aus parteipolitischen Erwägungen allen Handlungen Stalins Bewunderung entgegenbringen, betrachtet man hier den Russenpakt als einen Notbehelf, als das geringere Übel, das dazu dienen soll, ein etwaiges deutsch-russisches Bündnis zu vereiteln. Man begreift wohl, daß die englisch-französischen Verhandlungen mit dem Kreml die Einkreisungspsychose jenseits des Rheines bedeutend verstärken; doch angesichts der heutigen Sachlage handelt es sich darum, unbedingt der Stärkere zu sein, im Bewußtsein, daß die „Friedensfront“ ohne Rußland nicht vollendet wäre. Andererseits scheint die rote Luftwaffe eine imponierende Macht darzustellen, wenn sich auch die Meinungen über die Schlagkraft der russischen Armee widersprechen. Noch ist die Tatsache nicht vergessen, daß diese Armee durch den Willen des „Vaters der Völker“ ihrer fähigsten Führer beraubt wurde. Man bleibt sich auch nach wie vor der innerpolitischen Folgen bewußt, die eine Anfreundung mit Moskau nach sich zieht. Moskau behält alle seine Ziele bei, die anläßlich einer kriegerischen Entwicklung den totalen Umsturz der bestehenden Ordnung vorsehen.

Aber wie soll Polen verteidigt werden, wenn Rußland seine Hände aus dem englisch-französischen Spiel läßt? Polens Lage ist keineswegs beneidenswert. Das Land ist ziemlich arm. Die Kosten eines lang andauernden Kriegsbereitschaftszustandes belasten es schwer. Zwar stehen ihm seine großen Verbündeten zur Seite, und die City hat ihm jüngst eine Anleihe zugesagt. Sollte jedoch Rußland jemals in das deutsch-italienische Lager einschwenken, so wäre es um die polnische Unabhängigkeit geschehen. Danzig ist heute die empfindlichste Stelle Europas, und bis zum September, wenn nicht früher, dürften sich in der Weichselgegend sehr ernste Ereignisse abspielen. Allerdings würde die Unterzeichnung eines französisch-englisch-russischen Bündnisses — oder eines Abkommens, oder eines gegenseitigen Hilfspaktes, da man nun einmal genaueren Bezeichnungen aus dem Wege geht — jede Gefahr dieser Art beseitigen und die Stellung Polens beträchtlich stärken. Deshalb wünscht man hier, zwar ohne Begeisterung (ausgenommen natürlich die extremen Linkskreise) den Abschluß dieses Bündnisses: Man gibt sich allerdings darüber Rechenschaft, daß der erwünschte psychologische Effekt nicht erzielt werden wird: dieser Abschluß ließ zu lange auf sich warten und, offen gesagt, das Prestige der sogenannten demokratischen Mächte hat dabei nicht gewonnen; denn indem sie nach und nach Moskau alle Zugeständnisse einräumen mußten, verschrieben sie sich dem Übel, um das noch Ärgere abzuwenden.

* * *

Es besteht ein weiterer Grund, weshalb die russische Allianz wünschenswert scheint. Sie stellt die unerläßliche Bervollständigung des englisch-türkischen und des jüngst abgeschlossenen französisch-türkischen Abkommens dar, welches letzteres, sobald London, Paris und Moskau untereinander einig werden, sich in ein Bündnis umwandeln soll. In diesem Zusammenhang erinnert man sich hier der zahlreichen, beträchtlichen Schwierigkeiten, die den Alliierten durch das Einschwenken des ottomanischen Reiches in die Front der Zentralmächte im Oktober 1914 bereitet wurden. Die Türkei hat im östlichen Mittelmeerbecken eine Schlüsselstellung inne. Sie beherrscht einerseits die Dardanellen und, im weiteren, den Suezkanal. Die Anwesenheit der Italiener im Dodekanes — sie haben Leros zu einem kleinen Gibraltar ausgebaut — war eine ernste Bedrohung für die Zufahrt zum Suezkanal, die nur eine kurze Flugstrecke von Leros entfernt ist. Durch ihren Beitritt zur „Friedensfront“ hat die Türkei diese Bedrohung beträchtlich herabgemindert.

Dazu kommt noch, daß die neue Türkei, das Werk von Kemal Atatürk, den Bolschewismus überhaupt nicht kennt und dennoch die Freundschaft zur Sowjetunion zum Prinzip ihrer Außenpolitik erhoben hat. Der erneuerte ottomanische Staat strebt vor allem danach, seine Unabhängigkeit zu behaupten und sich wirtschaftlich weiter zu entwickeln. Das setzt friedliche Beziehungen zu den Nachbarstaaten voraus, in erster Linie zu der mächtigen U. R. S. S. Ein Bündnis mit England und Frankreich wären wirkungslos für eine vom Osten her durch die Rote Armee bedrohte Türkei. Demgegenüber würde ein englisch-französisch-russisches Bündnis unter Ausschluß der Türkei den Westmächten in Kriegszeiten die Aufrechterhaltung der Verbindung mit dem östlichen Partner, und dessen Belieferung, vereiteln. Die Lage wäre dann dieselbe wie anno 1914—1918.

Manche sind der Ansicht, das französisch-türkische Abkommen, Vorspiel des Bündnisses, habe uns zu viel gekostet: Abtretung des Sandschaks von Alexandrette, also Verzicht auf Antiochien, Preisgabe Jahrhunderte alter Interessen und Vorrechte, Einbuße am französischen Prestige im Nahen Osten. Allerdings! Aber alles muß bezahlt werden. Hätte man etwa eine feindliche, oder nur neutrale Türkei im Kriegsfall vorgezogen? Seit mehreren Jahren hatte sich Frankreich gehen lassen; heute, umzingelt von Gefahren, zieht es sich genötigt, gewisse Zugeständnisse einzuräumen.

* * *

Im östlichen Mittelmeer ist heute die französisch-britische Stellung als günstig zu bezeichnen; im westlichen Becken hingegen, im „Meer der Überrasungen“, wie es von Paul Morand neulich in einem seiner Bücher genannt wurde, bleibt die Lage sehr undurchsichtig. Was beabsichtigt Spanien? Während Franco für keinen der beiden Blocks Partei ergreifen will und behauptet, im Kriegsfall neutral bleiben zu wollen, zeigen gewisse seiner Mitarbeiter England und Frankreich gegenüber wenig Sympathie. Die deutschen und italienischen Freiwilligen haben zwar die Halbinsel vollständig geräumt, doch wurde Herrn Suñer ein feierlicher Empfang in Rom zu Teil. Zur Zeit werden zwischen Paris und Madrid vorsichtige Verhandlungen gepflegt; man weiß, daß die französischen Interessen in Spanien diejenigen aller anderen Länder übertreffen: denken wir nur an das Gold der Bank von Spanien, das bei uns liegt. Dazu kommen das Problem der spanischen Flüchtlinge, die sich auf unserem Gebiet befinden, und weitere Fragen. Die betreffenden Verhandlungen währen nun schon geraume Zeit... Wer kann es Franco verargen, wenn er diejenigen Staaten, die ihm und den Nationalen tatkräftig zur Seite gestanden, nicht verleugnen will? Frankreich und England näherten sich ihm ganz zuletzt und spielen heute die nützliche, aber wenig geschätzte Rolle des Geldgebers. Es sei Francos Absicht, wenn möglich die Hinzuziehung von Kapital aus den sogenannten demokratischen Staaten zu vermeiden. Die Zukunft allein wird zeigen, ob er tatsächlich darauf verzichten kann, und statt dessen den Warenaustausch mit Italien und besonders mit Deutschland aufnehmen wird, wie ihn namentlich Deutschland mit den Balkanstaaten pflegt. Hier ist man allgemein geneigt, anzunehmen, daß im Ernstfall — alle diese Fragen muß man wohl oder übel unter diesem Gesichtswinkel ins Auge fassen — Spanien neutral bleiben werde. Vom Bürgerkriege erschöpft, muß es sich heute aus dem Ruin emporarbeiten und darf sich den Gefahren eines weiteren Ruines kaum aussetzen.

* * *

Ex Oriente bellum? Mitte Juni begannen die Japaner die Blockade der französischen und englischen Konzessionen in Tientsin. Die Angelegenheit soll demnächst geschlichtet werden. Jedoch seien, wie gemeldet wird, 18 japanische Kriegsschiffe am 27. Juni vor Tutschau erschienen, dies zwei Tage nach der Aufhebung der Blockade von Swatau, auf Befehl der zuständigen Marinebehörden des Mikado.

So mehren sich in Süd- wie auch in Nordchina die Reibungsflächen zwischen Japanern einerseits, Franzosen, Engländern und Amerikanern, insbesondere aber Engländern, andererseits.

Was heute im Fernen Osten vor sich geht, wird in Paris als höchst wichtig erachtet. Ein Beweis dafür ist, daß die französische Regierung nicht zögerte, den Oberbefehlshaber unserer Streitkräfte zur See im Fernen Osten, sowie mehrere Generäle, in Begleitung eines größeren Stabes, nach Singapore zu entsenden, um mit ihren britischen Kollegen zu beraten. Die letzten Ereignisse sind eine Kraftprobe und zugleich eine ernste Bedrohung der englischen Interessen, die besonders in Nordchina sehr bedeutend sind, und auch der französischen und amerikanischen Interessen, die sich hauptsächlich auf Südchina erstrecken.

Mag sein, daß das Japanische Kaiserreich aus Ärger darüber, sehen zu müssen, wie sich die Dinge in China in die Länge ziehen, und wie sein Eroberungsfeldzug gegen die Chinesen sich in einen „Pyrrhus-Sieg“ zu verwandeln droht, Tschang-Kai-Tschek von seinen Zufuhrhäfen abzuschneiden versucht. Mag sein, daß es, selbst auf die Gefahr hin, einen Krieg mit Frankreich, England und den Vereinigten Staaten vom Zaun zu brechen, die Vernichtung der Interessen dieser Mächte in China, und die Verdrängung der Weißen überhaupt, anstrebt: „Asien den Asiaten“. Oder bezweckt es etwa die Vereitelung des Bündnisabschlusses zwischen Paris, London und Moskau, indem es London und Paris seine Macht und die Gefahr eventueller Verwicklungen im Fernen Osten vor Augen führt? Handelt es sich um eine diplomatisch-militärische Aktion, unter dem Einfluß der Achse? Alle diese Annahmen sind einleuchtend, und das Vorgehen Japans dürfte wohl auf deren Zusammenspiel zurückzuführen sein.

Angesichts dieser Situation bewahrt Paris seine Ruhe. Man sagt sich zwar, Japan, als asiatische Macht, habe zumindest die gleichen Rechte, in China Handel zu treiben, wie Frankreich, England und die Vereinigten Staaten — und auch Deutschland und Italien —, aber es bestehen dort angestammte Rechte, und in jenen Ländern gilt es ganz besonders, „den Schein zu wahren“ und das Prestige aufrecht zu erhalten: ein Zurück gibt es nicht mehr, und man wundert sich zuweilen über die Langmut, mit der London die Erniedrigungen, die den britischen Staatsbürgern in Tientsin von den Japanern zugefügt werden, über sich ergehen läßt. Proteste haben jetzt keine Wirkung mehr: heute geht es nun einmal darum, seine Kraft zu demonstrieren oder abzudanken.

* * *

Frankreich ist ruhig, Frankreich arbeitet. Täglich verstärkt es die Mittel zu seiner Verteidigung. Der Franc steht fest. Die sozialen Auseinandersetzungen sind von der Tagesordnung verschwunden und die politischen Leidenschaften haben sich gelegt. Die Franzosen denken nicht mehr daran, sich zu befehlen, denn aller Augen sind auf die von Außen drohende Gefahr gerichtet. Schade, daß es dieser Gefahr bedurfte, um die nationale Einheit wieder herzustellen.

Was die innere Politik Frankreichs anbelangt, sei hier dennoch auf die nicht-enden-wollende Debatte über die Proporzvertretung hingewiesen. Zwar beschäftigte sie nicht so sehr das Publikum selber, als die Berufspolitiker, und wir erwähnen sie hier bloß, weil sie gerecht und wünschenswert war, und weil anläßlich der Abschlußdebatte sich für Herrn Daladier Gelegenheit zu gewichtigen Erklärungen bot. Auf die Frage, ob er die Wahlreform, die von der Kammer ebenfalls genehmigte Altersversicherung für Arbeiter und weitere weniger wichtige Fragen durch Dekrete einführen wolle, antwortete der Regierungschef, daß er seine ganze Politik der nationalen Verteidigung hintanstelle, denn niemals in den vergangenen zwanzig Jahren sei die internationale Lage so ernst gewesen: drei Millionen Mobilisierte in Deutschland, die Fabriken arbeiten mit Hochdruck, weitere Truppenzusammenziehungen an der Ostgrenze.

Deutlich zeigte Daladier die fremden Mächtschaften auf, welche danach abzielen, das Einvernehmen zwischen Frankreich und England zu stören, und wies auf das Spionageneß hin, das sich über ganz Frankreich ausbreitet.

* * *

Zusammenfassend möchten wir versuchen, diese Lage unter einem weiteren Horizont zu überblicken, indem wir, eingedenk der Idee, welche der französische Regierungschef zum Ausdruck gebracht hat — daß Frankreich zu jeder friedlichen Zusammenarbeit bereit ist — der Überzeugung Ausdruck verleihen, daß der Durchschnittsfranzose etwa folgendes denkt:

Frankreich muß unbedingt stark und einig sein. Schwächliche und durch innere Gegensätze zerklüftete Völker waren von jeher eine Versuchung für ihre stärkeren Nachbarn. Man denkt hier unwillkürlich an das Schicksal Polens im XVIII. Jahrhundert. Leider ist die Geburtenzahl in unserem Lande unzulänglich. Man gibt sich hier mehr und mehr Rechenschaft darüber, daß das Problem der Bevölkerungsaahme Frankreichs von allergrößter Wichtigkeit ist, daß jedoch die dagegen ergriffenen Maßnahmen nicht genügen.

Alle Völker haben Existenzberechtigung. Frankreich und England sind reich und verfügen über unendlich ausgedehnten Kolonialbesitz. Vielleicht haben sie die friedlichen Forderungen jener Völker, die weniger begütert sind, nicht genügend berücksichtigt. Abzudanken kommt selbstverständlich nicht in Frage, aber ein Krieg wäre eine grauenhafte Lösung, wenn er überhaupt eine Lösung bietet. Frankreich wird kämpfen, um sein Eigentum zu verteidigen; aber noch einmal: es ist zu jeder friedlichen Zusammenarbeit bereit. Eine Feststellung, die auch den Gedankengängen des Herrn Chamberlain entspricht, wie er sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Ausdruck bringt. Es gibt kein einziges Problem, das nicht durch eine offene und aufrichtige Aussprache gelöst werden könnte. Jedenfalls kann die Welt nicht immer weiter rüsten, sich damit ruinieren und schließlich ihren Untergang heraufbeschwören.

Deutschland und Italien haben es noch ungeschickter angestellt, ihren Ansprüchen Geltung zu verschaffen, als Frankreich und England, diese Ansprüche zu ignorieren. Vielleicht werden sie sich eines besseren besinnen, andere Methoden anwenden und, statt durch Rüstungen den Ruin herbeizuführen, zur Aussprache über offenes und ehrliches Zusammenarbeiten in den Kolonien und anderswo gelangen.

Wenn aber Hitler in Danzig einmarschiert? . . .

Paris, den 28. Juni 1939.

A.-D. Tolédano.

Londoner Brief:

Europa vor der Kraftprobe?

Türkei / Rußland / Japan / Danzig.

Die Fronten sind erstarrt, der Zerfall Europas scheint vollzogen zu sein. Großbritannien, Frankreich, die Türkei, Griechenland, Rumänien, Polen haben sich in der sogenannten „Friedensfront“ gegen einen weiteren Angriff gefunden — Großdeutschland und Italien haben ein Militärabkommen geschlossen. Millionen und Millionen an Truppen — sind es fünf, zehn oder wieviel? — werden heute in Europa unter den Waffen gehalten. Wird sich der Stoß, den Europa durch den Einmarsch deutscher Besetzungstruppen in die Tschechei erhielt, für das gebrechliche Gebäude des europäischen Friedens als zu stark erweisen? Seit jenem verhängnisvollen Vorgang, seit Mitte März, schwebt die Möglichkeit eines neuen großen Krieges als schwarze Wolke über der Welt — an dieser Tatsache kommt niemand vorbei, auch nicht die für jenen Schritt verantwortlichen Männer.

Die diplomatische Triebkraft, die Großbritannien in den letzten Monaten zeigte, hat zu einer sich immer fester fügenden Front geführt. Polen ist mit Großbritannien und Frankreich durch ein auf voller Gegenseitigkeit beruhendes Verteidigungs- und Hilfsabkommen für den Fall eines Angriffs verbunden. Rumänien und Griechenland erhielten eine einseitige Garantie. Die Türkei schließlich ging am 12. Mai mit Großbritannien ein gegenseitiges Hilfsabkommen ein: „Man ist übereingekommen“, so lautete die im britischen Unterhaus von Chamberlain und im türkischen Parlament von Saïdam abgegebene Erklärung, „daß beide Länder im Interesse ihrer Sicherheit ein festes Abkommen mit langer Laufzeit schließen werden, das auf Gegenseitigkeit gegründet sein soll. Bis zur Fertigstellung dieses endgültigen Abkommens erklären Seiner Majestät Regierung und die türkische Regierung, daß sie im Fall einer Angriffshandlung, die zu einem Krieg im Mittelmeergebiet führt, bereit sind, zusammenzuarbeiten und sich alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung zu gewähren. . . Die beiden Regierungen erkennen gleichfalls an, daß es notwendig ist, die Sicherheit auf dem Balkan zu erhalten, und sie sind in Beratungen eingetreten, um dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen.“ Das hier vollzogene enge Bündnis der Türkei mit Großbritannien ist von entscheidender Bedeutung, nicht nur für die beiden darin namentlich erwähnten Gebiete — das Mittelmeer und den Balkan — sondern auch für die Festigkeit der „Friedensfront“ und für den ganzen Mittleren und Nahen Osten. Die Mitarbeit der Türkei sichert der britischen Flotte die Herrschaft über das östliche Mittelmeer und gibt ihr in Gestalt der türkischen Häfen wichtige Stützpunkte. Die von Großbritannien ausgesprochene Garantie Griechenlands erscheint nunmehr auch praktisch leicht zu erfüllen. Rumänien und Polen sind jetzt der ungehemmten Zufuhr und der praktischen Hilfe Großbritanniens sicher. Die Freundschaft, die zwischen Ägypten, den arabischen Staaten und der Türkei einerseits und Großbritannien andererseits besteht, ist so ergänzt und bestärkt worden.

Das englisch-türkische Bündnis ist die Frucht der Arbeit vieler Jahre: Horace Kumbold, Ronald Lindsay, George Clerk, Percy Loraine — diese Reihe großer britischer Botschafter in Ankara haben den Boden dafür bereitet. Vielleicht war der Besuch, den Eduard VIII. in Istanbul 1936 abstattete, der Wendepunkt, der die türkische Staatsleitung endgültig für die britische Politik gewann. Für Deutschland stellt dies zweifellos einen empfindlichen Rückschlag dar. Im Weltkrieg scheiterte der britische Vorstoß an den Dardanellen — wäre er gelungen, so hätte Deutschland das Aufrollen der Balkanfront und damit eine schnelle Beendigung des Weltkriegs nicht verhindern können; es wäre wesentlich früher geschlagen worden. Heute besitzt Großbritannien den Schlüssel zu den Dardanellen bereits in Friedenszeiten. Es ist daher nicht verwunderlich, daß ein deutscher Zuschauer wie Freiherr v. Frentagh-Voringhoven das englisch-türkische Bündnis für „schlechthin widernatürlich“ erklärte und sagte, es sei auch nicht erkennbar, „von welchem Gegner die Türkei sich bedroht fühlen könnte.“ Die Antwort darauf wurde in der türkischen Kammer mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit gegeben; als der Ministerpräsident Saïdam im Parlament das Bündnis verkündet hatte, erhob sich nämlich der frühere türkische Botschafter in London, Fetih Önar, begrüßte diese Zusammenarbeit des türkischen Heeres mit der britischen Flotte und sagte: „Ich brauche Sie nicht daran zu erinnern, wie die Tschechoslowakei binnen einem Tage von der Landkarte verschwand, wie Rumänien mit einer Art Ultimatum bedroht wurde und wie groß vor allem die Spannung ist, die Italien dadurch schuf, daß es in Albanien, also auf dem Balkan, Fuß faßte. Geradezu unter unserer Nase wird Rhodos und der Dodekanes von Italien besetzt. . .“

Erscheint das englisch-türkische Bündnis somit als die natürliche Folge der europäischen Ereignisse, so hat es der Türkei auch einen unmittelbaren Gewinn gebracht: es ermöglichte die Fortführung der Verhandlungen mit Frankreich. Am

23. Juni — also sechs Wochen später — unterzeichneten Frankreich und die Türkei gleichfalls ein Bündnis zur gegenseitigen Hilfe im Fall eines Angriffs; dies wurde durch ein Abkommen über den Sandschak von Alexandrette — Hatah — ergänzt, wodurch dies vorwiegend (? die Schriftleitung) von Türken bewohnte Gebiet an die Türkei zurückfällt. Diese Abtretung des Hinterlandes der wichtigen Hafenstadt Alexandrette und seine Loslösung von Syrien war schon während der letzten Jahre angebahnt worden.

* * *

Das Verhältnis Rußlands zur Koalition der Westmächte ist in den langwierigen Verhandlungen der letzten Monate weiterhin geklärt worden. Schon vor zwei Monaten schrieb ich an dieser Stelle, daß die Besprechungen zwischen Rußland, Großbritannien und Frankreich sich nicht mehr darum drehen, ob man sich im Fall eines Angriffs Hilfe gewähren, sondern wieweit und bei welchen Gegebenheiten man sich gegenseitigen Beistand versprechen will. Seitdem ist über das „Rätsel Rußland“ viel geschrieben und gesprochen worden, und nur gar zu oft sind aus den langhingezogenen Verhandlungen, die bisher zu keinem Abschluß kamen, falsche Schlüsse gezogen worden. Mitten in den Verhandlungen wurde der russische Außenminister Litwinow entlassen und immer wieder mußte aus Moskau gemeldet werden: „Keine Einigung“. Trotzdem zweifle ich nicht daran, daß es in kurzer Zeit zu einem Dreiervertrag zwischen Großbritannien, Frankreich und Rußland kommen wird. Als kürzlich Neville Chamberlain im Unterhaus wieder einmal wegen der noch immer ausstehenden Einigung mit Fragen überschüttet wurde, erhob sich schließlich ein konservatives Unterhausmitglied und fragte: „Glaubt der Erstminister, daß sich Rußland dem Anti-Romintern-Pakt anschließen wird?“ Damit war den Zweiflern die Lust zu weiteren Fragen verdorben. Dies Wort beleuchtet die Lage in der Tat klar: Rußland ist durch die Natur der Lage, ist durch die praktischen Notwendigkeiten gezwungen, sich der „Friedensfront“ anzuschließen. Warum — diese Frage ist in phantasiereichen Aufsätzen gestellt worden — kann Rußland zur Zeit nicht mit Deutschland gehen? Die Antwort liegt darin begründet, daß es sogar bei einer Überwindung der „ideologischen“ Gegensätze zu den Mächten der Anti-Romintern nicht an der geographischen Tatsache vorbeikommt, daß russisches Gebiet und russisches „Interessengebiet“ vom deutschen „Lebensraum“ teilweise überlagert wird. Der „Lebensraum“ ist zwar nie genau umrissen worden, aber Rußland weiß noch besser als westeuropäische Politiker, daß eine Ausdehnung des deutschen Einflusses über die Volkstumsgrenzen oder über die jetzigen Reichsgrenzen hinaus nur in Richtung Südosteuropas und der Ukraine denkbar ist. Hinzu kommt der stimmungsmäßige Einklang der Slawen des russischen Reiches mit den „slawischen Brüdern“, die außerhalb Rußlands auf dem Balkan leben. Der alte Gegensatz zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem Zarenreich, der sich vor dem Weltkrieg immer stärker bemerkbar machte, als das osmanische Reich vom Balkan verdrängt war, lebt auch heute. Großdeutschland ist der Erbe der Doppelmonarchie auch in diesem Punkt. Zwischen den letzten Zielen eines großdeutschen Reiches, das sich der Erringung neuen „Lebensraumes“ verschreibt, und Rußland herrscht ein natürlicher Gegensatz. Und er wird das Bündnis zwischen Moskau auf der einen, London und Paris auf der andern Seite zuwege bringen.

Die lange Dauer der Verhandlungen ist in sich nichts Schlechtes: man darf nicht vergessen, daß Großbritannien mit Rußland seit Jahr und Tag keinerlei Gespräche mehr geführt hatte. Bei allen europäischen Entscheidungen des letzten Jahres — und nicht nur des letzten — ist Moskau geistlich nicht befragt worden. Als dann Mitte März 1939 die Chamberlainsche Politik einer Verständigung mit Deutschland zusammenbrach, der Umschwung eintrat und Groß-

britannien hastig eine Front wider weitere Angriffsmöglichkeiten errichtete, da wandte man sich an Moskau. Wen kann es wundern, daß sich Moskau bitten ließ? Wüßte man seinen Eintritt in die neue Front — und dazu war es bereit, hatte es doch von je Widerstand gegen die großdeutschen Ziele gepredigt —, so verlangte es Erfüllung seiner Bedingungen.

Nachdem auch die britische Regierung sich der Logik der Tatsache nicht entziehen konnte, daß es sinnlos sei, ein unmittelbares Bündnis mit Rußland zwar für den Kriegsfall zu wünschen, zu Friedenszeiten jedoch sich nur auf eine russische Garantie Polens und Rumäniens beschränken zu wollen, kam es zur Ausarbeitung einer Dreierbündnisses. Zwei sachliche Schwierigkeiten waren dabei vor allem zu überwinden: einmal die Bedenken Polens und Rumäniens, zum andern der baltischen Staaten. Der stellvertretende russische Außenminister Potemkin konnte sowohl Rumänien als auch Polen darstellen, daß Rußland keine Gebietswünsche gegen sie habe (also auch auf Bessarabien verzichte). Die Furcht, die russische Hilfe werde zu einer russischen Beeinflussung oder gar Schlimmerem führen, ist denn auch in den vielen Verhandlungswochen abgelaufen. Polen vor allem, das sich dem immer stärkeren Druck Deutschlands ausgesetzt sieht, hat schon nach dem 28. April (als Hitler den zwischen ihm und Pilsudski ausgehandelten Vertrag auf sagte) den Einspruch gegen ein britisch-russisches Militärabkommen aufgegeben. Der polnische Botschafter in London, Graf Raczynski, dürfte seiner Regierung den endgültigen Entschluß Londons zu einem solchen Abkommen am 22. Mai dargestellt haben, als er nach Warschau flog. Am folgenden Tag erklärte Paraschivescu, der rumänische Ständige Unterstaatssekretär, Rumänien könne es nicht verantworten, die englisch-russischen Verhandlungen zu behindern, und sei deshalb zu einem russisch-rumänischen Nichtangriffsvertrag bereit; dieser werde den Durchmarsch russischer Truppen durch rumänisches Gebiet zulassen.

Schwieriger erwiesen sich die ungeklärten Punkte in bezug auf die baltischen Staaten, die an Rußland grenzen und deren Unabhängigkeit Rußland natürlicherweise als genau so lebenswichtig empfindet wie Großbritannien und Frankreich dies hinsichtlich Hollands, Belgiens und der Schweiz tun. Über die Formel, mit der man Finnland, Lettland und Estland als lebenswichtiges Interessengebiet Rußlands in das Bündnis einbeziehen kann, wird zur Zeit noch immer verhandelt. Die betroffenen Länder selbst wissen zwar sehr gut, daß sie sich allein, ohne Hilfe, ihre Unabhängigkeit nicht würden bewahren können. Sie haben es aber abgelehnt, eine russische Garantie anzunehmen, da dies in Deutschland als eine Verletzung der Neutralität empfunden werden könnte. Aus diesem Grunde haben sie auch dem deutschen Wunsch nach einem Nichtangriffspakt nicht widerstehen wollen, und zwei von ihnen — Lettland und Estland — haben am 7. Juni in Berlin einen solchen Vertrag unterzeichnet (Finnland hat das Angebot im Verein mit Schweden und Norwegen abgelehnt). Diese Fragen sind an sich nicht neu. 1927 zum Beispiel dachte man in Finnland, Lettland und Estland daran, untereinander einen Nichtangriffvertrag abzuschließen und dann Rußland, Frankreich und England um eine Garantierung des Gebietsstands zu bitten. Kennzeichnenderweise waren auch damals also genau die gleichen Mächte vor die gleichen Fragen gestellt. „Es wurde Chamberlain gefragt“, so notierte sich Stresemann damals, als Austen Chamberlain britischer Außenminister war. „Chamberlain hat erklärt, er begrüße die Idee, aber er können keine neue Unterschrift geben.“ Heute, nach zwölf Jahren, ist Neville Chamberlain zu einem auf voller Gegenseitigkeit beruhenden Militärbündnis mit Rußland bereit, das Großbritannien — unter welcher Formel auch immer — bei einem Angriff auf die Unabhängigkeit der baltischen Staaten zur Hilfeleistung verpflichtet.

Man muß die Russen kennen, um ihre Verhandlungsweise zu verstehen: einmal haben sie von Natur aus stets „Zeit“. Eile, schnelle Entschlüsse kennt der Russe nicht. Verhandeln wird bei ihm nur gar zu oft zum Selbstzweck und er

freut sich am Hin und Her von Grund und Gegengrund (zumal wenn er die Karten in der Hand hat). Hinzu kommt das oft übersteigerte Mißtrauen, das sich bei Russen immer wieder zeigt. Und eine gewisse Berechtigung zu anfänglicher Zurückhaltung kann man den Russen nicht bestreiten: Großbritannien hatte im November 1938 erklärt, es fühle sich moralisch verpflichtet, die Garantie für die in München gezogenen Grenzen der Kumpf-Tschechoslowakei als bereits in Kraft befindlich zu betrachten, obwohl der eigentliche Garantievertrag noch nicht unterzeichnet sei. Diese Garantie sollte für den Fall eines Angriffs gelten. Als dann aber die deutschen Besatzungstruppen in Prag einrückten, war davon nicht mehr die Rede und man hielt sich nicht an den Geist, sondern an den Buchstaben. Etwas Derartiges, jagt Rußland, darf sich bei den baltischen Staaten nicht wiederholen.

* * *

Der Zwischenfall in China, der zur Absperrung der englischen und französischen Konzeption in Tientsin führte, stellt zweifellos einen Vorstoß gegen die Stellung aller Weißen dar. Japan fühlt sich durch die Bindung der britischen Flotte im Mittelmeer und in den europäischen Gewässern so sicher, daß es daran gegangen ist, die Stellung der Weißen in China völlig zu untergraben. London bemüht sich, dies als „Zwischenfall“ zu behandeln (bekanntlich ist der japanisch-chinesische Krieg im japanischen Sprachgebrauch gleichfalls ein „Zwischenfall“). Der Grund für diese englischen Bemühungen ist nicht so sehr in der Schwäche der fernöstlichen Flotte zu suchen, als in dem Wunsch, nicht zuerst in einen Zusammenstoß mit einem der jüngeren Partner des „weltpolitischen Dreiecks Berlin-Rom-Tokio“ verwickelt zu werden. Aus demselben Grund verliefen zu Ostern die englisch-italienischen „Besprechungen“ über Korfu usw. anlässlich der Besetzung Albanien ohne „Zwischenfälle“. Nach englischer Ansicht ist Europa die Hauptfront. Alles andere muß warten. Das heißt nicht, daß die Haltung etwa der deutschen Presse auch in diesem Fall unbeachtet bliebe. Die Tatsache, daß der „Angriff“ über die Japaner, die Engländerinnen dazu zwangen, sich nackt auszuziehen, unter der Überschrift „Hüllenlose Lady“ berichtete, ging im deutschen Wortlaut durch die englische Presse. Es ist mehr als kennzeichnend, daß eine dieser ihrer Kleider beraubten Frauen eine gebürtige Deutsche war, die durch Heimat Engländerin wurde: auch die deutschen Interessen in China werden durch den japanischen Vorstoß verlegt. Immerhin führte China im Jahre 1938 aus Deutschland noch 12,6 % — gegenüber 7,9 % aus Großbritannien — seiner Gesamteinfuhr ein, worauf der Berliner „Deutsche Volkswirt“ hinwies.

* * *

Die Innenpolitik in Großbritannien ist so vollständig von der Außenpolitik und den rastlosen Arbeiten für die Erfüllung der europäischen Garantien im Fall eines Angriffs überschattet, daß sie kaum noch besteht: Parteigegensätze zählen nicht mehr, und die kurz aufgetauchte Vermutung, es werde in diesem Herbst zu Neuwahlen kommen, darf wohl als tot bezeichnet werden. Parteigegensätze zählen aus dem einfachen Grunde nicht mehr, weil die Außenpolitik die Zustimmung der gesamten Öffentlichkeit hat — die „Opposition“ hatte die heutige Politik von je gefordert, und nur in einzelnen konservativen Kreisen gab es zunächst einige Bedenken gegen die neuen weitreichenden Verpflichtungen Englands. Auch solche anfänglich zögernden Kreise sind jetzt, soweit sie politisch überhaupt zählen, für die neue Politik des unbedingten, bewaffneten Widerstandes gegen die Anwendung von Waffengewalt gewonnen. Die ersten Gruppen Dienstpflichtiger sind bereits unter den Waffen. Die drei Zweige der militärischen Macht Großbritanniens — zu Land, zu Wasser und in der Luft — sind seit letztem Sommer in ganz ungeahnter Weise gewachsen. Der vierte Verteidigungsarm, die

Luftabwehr, besteht jetzt und hat sich eingespielt. Ein Ministerium für die Verteilung der Aufträge des Kriegsministeriums, ein *Be sch a f f u n g s m i n i s t e r i u m* also, ist unter Dr. Burgin errichtet worden: es verfügt, wenn auch in der Beschränkung auf die Bedürfnisse des Kriegsministeriums, über ungewöhnliche Vollmachten. Wieder einmal kann man sagen, daß es eine konservativ bestimmte Regierung ist, die „sozialistische“ Eingriffe in die Industrie gesetzlich einführt — und zwar in einem Ausmaß, wie sich dies die englischen Sozialisten in der Jugendzeit etwa Ramsay MacDonalds kaum haben träumen lassen. Ein Plan für die Einsetzung eines *Propagandaministeriums* in Kriegszeiten ist zur Zeit in Arbeit. In Friedenszeiten wird auch weiterhin die englische Presse ohne Beschränkungen bleiben; die Zusammenfassung verschiedener bestehender Behörden — Rundfunk, British Council (Lord Lloyd), Auswärtiges Amt — unter Lord Perth bezieht sich nur auf die ausländische öffentliche Meinung und deren Beeinflussung. Aber auch hier ist der „Apparat“ — wie jeder Kenner bestätigen kann — von einer verblüffenden Armut und Bescheidenheit. Das Geheimnis, warum in bestimmten Ländern Unsummen an Geld und Kraft für Propaganda nötig sind, während Großbritannien mit einem lächerlich kleinen Stab auskommt, dürfte vielleicht doch in dem „Stoff“ zu suchen sein, den die verschiedenen Stellen aussenden und handhaben. Selbst im Weltkrieg kam das „Crewe-Haus“ mit £ 70 000 aus, d. h. mit einem Tausendstel der britischen Kriegskosten je Tag!

An rein militärischen Nachrichten wäre zu verzeichnen, daß die jährliche Entsetzung der Übersee garnisonen im Britischen Reich dieses Jahr um zwei Monate vorverlegt wurde und daß die Flottenausbefferungen gleichfalls früher stattfanden: auf diese Weise wird die gesamte Streitmacht Großbritanniens zu Anfang August schlagfertig sein.

Schlagfertig wozu? Die Politik der britischen Regierung ist in den letzten Wochen und Monaten von Chamberlain und Halifax so oft und mit solcher Klarheit dargestellt worden, daß sie nur von denen noch nicht verstanden werden kann, die diese Erklärungen nicht hören oder lesen durften. Großbritannien plant keinen Angriff. Es ist aber entschlossen, seine gesamte Kraft gegen einen Angriff einzusetzen. Und es ist bereit, vernünftige Regelungen ausstehender Fragen zu besprechen — vorausgesetzt, daß man tatsächlich vernünftige Regelungen wünscht. Lord Halifax hat wiederholt erklärt, daß alle Fragen für eine solche Besprechung offen stehen und er kein Verfechter des Status quo ist, wenn dieser Status quo sich als ungerecht erweist. Dies schließt also auch etwaige Grenzänderungen ein, wobei allerdings in England gefragt worden ist, ob nicht die brennendste Frage die einer neuen Grenzziehung im tschechischen Raum sei?

Wird es zu einem neuen Weltkrieg kommen? Wie vor zwei Monaten liegt der Zündstoff in Gestalt der Danziger Frage bereit — wird er durch einen plötzlichen Schlag aufflammen und uns alle in einen Krieg stürzen? Wenn Polens Stellung dort angegriffen wird, sodaß es zu den Waffen greifen muß, so folgen ihm die Staaten der „Friedensfront“ gegen einen solchen Angriff im gleichen Augenblick gleichfalls in den Krieg. Seit der Rede des polnischen Außenministers vom 5. Mai hat sich die Lage um nichts geändert. Jene Rede ist der deutschen Öffentlichkeit bis heute im ganzen unbekannt, wie ein Vergleich mit dem um die Hälfte gefürzten „Text“, den das Deutsche Nachrichtenbüro nach langem völligem Schweigen herausgab, zeigt. Beck stellte dar, daß ihm von den Vorschlägen zu einer freundschaftlichen Lösung der zwischen Deutschland und Polen stehenden Fragen bis zur Reichstagsrede Hitlers nichts bekannt war (und in der Rede Hitlers wurden jene als überholt und abgelehnt bezeichnet); Beck sagte, der deutsche Botschafter habe ihn absichtlich nicht aufgesucht: „Wenn ich keine Antwort auf unsere Vorschläge vom 26. März wegen einer gemeinsamen Garantie des Bestehens und der Rechte der Freien Stadt erhalte, wenn ich danach erfahre, dies sei als Weigerung zu ver-

handeln aufgefaßt worden, dann muß ich mich fragen, was das wirkliche Ziel ist?" So erklärte Bed. Die deutsche Öffentlichkeit erfuhr kaum ein Wort davon — bis heute ist keinerlei deutsche Erklärung dazu abgegeben worden. Was ist das wirkliche Ziel?

London, 30. Juni 1939.

F. W. Pick.

Amerikanischer Brief:

Der englische Königsbesuch in den Vereinigten Staaten.

Nach außen hin könnte es den Anschein haben, als sei der Besuch des englischen Herrscherpaares in den Vereinigten Staaten nur eine Art Abstecher während der Reise durch Kanada gewesen. Als es seinerzeit zur Entscheidung über den Besuch in Kanada kam, ist natürlich sofort die Frage aufgetaucht, ob die Reise auf die Vereinigten Staaten ausgedehnt werden solle. Von wem die erste Anregung ausgegangen ist, weiß man nicht. Es steht fest, daß, nach eingehenden Erwägungen des Für und Wider in Washington und London, der amerikanische Botschafter am Hofe von St. James dem Präsidenten Roosevelt einen Bericht erstattete, worin er der Meinung Ausdruck gab, daß eine Einladung in London willkommen heißen werde. Wie Mr. Kennedy hinzufügte, werde der Besuch einen Einfluß im Sinne des Friedens auf die erregte Welt ausüben und er werde für die Feinde der Demokratie eine Lehre sein. Dies war von Anfang an die Auffassung des Vertreters der Vereinigten Staaten in London.

Der Präsident hat dann mit eigener Hand die Einladung ausgefertigt. Die Einzelheiten des Besuches wurden festgelegt, und man hat es nicht an Vorkehrungen fehlen lassen, die einen Mißerfolg des Unternehmens verhüten sollten. Daß der Besuch zu einem beispiellosen Erfolge führen würde, wußte man damals noch nicht. Man hat vielmehr noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit in diplomatischen Kreisen Befürchtungen hören können, irgendwelche Taktlosigkeiten während des Besuches könnten einen Schatten auf die so herzlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern werfen. Man hat ferner an das traditionelle Mißtrauen erinnert, mit dem man in den Vereinigten Staaten den Bewegungen der britischen Diplomatie zu folgen gewohnt ist, und hat auf die Möglichkeit hingewiesen, dieses Gefühl des Mißtrauens möchte die Herzlichkeit der Begrüßung in den Vereinigten Staaten beeinträchtigen.

Alle diese Befürchtungen sind inzwischen durch die Ereignisse in einem Maße Lügen gestraft worden, wie es nur von wenigen erwartet und vorausgesehen werden konnte. Schon der Triumphzug durch Kanada war für viele eine Überraschung. Ein Begleiter des Herrscherpaares hat mit feinem Verständnis auf die Atmosphäre des Romantischen und Märchenhaften hingewiesen, die das Königspaar umgibt. Diese Atmosphäre findet in der Ode und Langeweile der Präriestädte eine Folie, von der sich der Reiz der ungewohnten Erscheinungen um so wirkungsvoller abhebt. „Die Kinder sehen vor ihren Augen Szenen aus dem Märchenbuch zur Wirklichkeit werden, während die Erwachsenen sich dem holden Scheine mit einer Bereitwilligkeit hingeben, als seien sie zu Kindern geworden. Die Kanadier schmücken ihre Gebäude; sie bereiten Bankette, die Zufallus beschämen würden; unter die königlichen Füße breiten sie rote Teppiche. Sie freuen sich wie Kinder, die ein neues Puppenhaus einrichten. Wenn der König heute in Admiralsuniform, morgen in Marschallstracht und übermorgen in der Uniform eines Oberbefehlshabers der Luftmacht erscheint, so macht ihnen das so viel Freude wie einem Kinde ein neues Puppenkleid.“ Im kanadischen Westen, der den Vereinigten Staaten näher steht als der selbstbewußte Osten, und dessen Bewohner der Abstammung nach vorherrschend keine Westeuropäer sind (viele sprechen nicht einmal englisch), war der Empfang geradezu überwältigend. In vielen Städten betrug die Zahl derjenigen, die sich

zur Begrüßung eingefunden hatten, ein Vielfaches der vorherigen Schätzungen. Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß die Wärme der Begrüßung die Außenpolitik der Dominions nicht unbeeinflusst lassen wird. In politischen Kreisen wird die Auffassung laut, daß ein guter Teil der isolationistischen Haltung im Bundesparlament keine Unterstützung in der öffentlichen Meinung habe.

Seiner politischen Bedeutung entsprechend steht der Besuch in den Vereinigten Staaten naturgemäß im Vordergrund. Um über den Erfolg des Besuches in den Vereinigten Staaten ein Urteil abgeben zu können, muß man sich mit den Zielen und Absichten vertraut machen, die mit dem Besuche vernünftiger Weise verfolgt werden konnten. Kein Verständiger hat erwartet, daß es während der Junitage zum Abschluß eines Bündnisses zwischen England und den Vereinigten Staaten kommen sollte. Es konnte sich allein darum handeln, die herzlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern aller Welt in überaus eindrucksvoller Weise vor Augen zu führen und gleichzeitig die Herzlichkeit dieser Beziehungen, wenn möglich, noch zu vertiefen. Trotz einiger milder Taktlosigkeiten, die mit guter Laune aufgenommen wurden, zweifelt heute niemand daran, daß diese Ziele erreicht worden sind. Die Ereignisse haben auch diejenigen Skeptiker Lügen gestraft, die glaubten, daß der Teil der amerikanischen Öffentlichkeit, der einem wie immer ausgestalteten Zusammengehen der Demokratien zugeneigt sei, werde seine Abneigung gegen Chamberlain und die von ihm vertretene Politik auf das englische Königspaar übertragen. Eine solche Stimmung hätte man ganz besonders im Osten der Ver. Staaten erwarten können, wo man nach Westeuropa blickt und einer größeren Aktivität auf außenpolitischem Gebiete nicht abgeneigt ist. Jedoch hat die Aufnahme in Washington und New York gezeigt, daß die breiten Volkskreise in dem englischen König nicht den Vertreter der gegenwärtigen britischen Politik erblicken. Die „New York Times“, das angesehenste Blatt des Landes, schreibt: „Wir müssen uns das Wesen der britischen Monarchie vor Augen halten. Der König ist nicht der Repräsentant einer politischen Partei. Die Politik der Regierung geht nicht von ihm aus, und er kann sie nicht ändern. Er vertritt die Gesamtheit des englischen Volkes, nicht etwa nur Mr. Chamberlain oder das Parlament...“ Immerhin ist das Mißtrauen und die Abneigung gegen Chamberlain groß genug, daß die „Nation“, ein „radikales“ Wochenblatt, anläßlich des Königsbesuches schreiben konnte, eine der Bedingungen für die Zusammenarbeit der beiden Demokratien auf dem Felde der Weltpolitik sei die Entlassung Chamberlains!

Die Stimmung im Mittleren Westen, der von jeher die Hochburg des amerikanischen Isolationismus gewesen ist, wird vielleicht am besten durch die Karikaturen zu kennzeichnen sein, die die vielgelesene „Chicago Tribune“ zur Zeit des Besuches veröffentlichte. Eine derartige Karikatur, die „Im Schlepptau?“ überschrieben ist, zeigt die Vereinigten Staaten als Insel; die Kuppel des Weißen Hauses ist durch starke Taue („Diese Bande der Freundschaft“) mit einem Dampfer verbunden, auf dem sich John Bull befindet. Der Dampfer scheint die Insel ins Schlepptau zu nehmen und mit ihr in die Richtung der „Europäischen Streitigkeiten“ abzufahren. Onkel Sam sagt: „Es scheint, als ob ich mich wieder treiben lasse“. Eine andere Karikatur zeigt Onkel Sam, wie er, mit vielen anderen, fahnen-schwingend die Besucher grüßt. Die eine Hand hält die Fahne, die andere ist auf die Tasche gepreßt, in der sich die Briefftasche („Amerikas Isolierung von Europas Streitigkeiten“) befindet. Ein Taschendieb („Ausländische Intrige“) streckt seine Hand nach der Briefftasche aus. Das Ganze ist überschrieben: „Paß auf Deine Briefftasche auf, Onkel!“

Einen ähnlichen Geist verraten die Leitartikel dieses Blattes. Jedoch werden die Berichte über den Besuch in breiter Ausführlichkeit an bevorzugter Stelle veröffentlicht, und in einer anderen Zeichnung entbietet der Geist Washington's dem englischen König seinen Gruß: „Sie (im Gegenjatz zu Georg III.), mein großer und guter Freund, sind willkommen in Amerika!“

Selbst diejenigen amerikanischen Volkskreise, denen die mit dem Besuche verbundene Arbeit nicht genehm ist, haben sich wohl kaum gänzlich dem Zauber der Besucher entziehen können. Ein großer Teil des Erfolges ist der englischen Königin zuzuschreiben, deren Charme die Presse lange Ausführungen der Bewunderung widmet und die sich viele Herzen im Fluge eroberte. Senator Guffey erklärte, mit ihrer Hilfe würde er jeden politischen Feldzug gewinnen; ein Abgeordneter aus Louisiana war so verstört, daß er sie mit dem hierzulande unerhörten Handkuß begrüßte.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich der erstaunliche Widerhall, den der Königsbesuch im Volke gefunden hat, in außenpolitischen Entscheidungen der Vereinigten Staaten auszuwirken vermag. Nach wie vor kann von einem Bündnis oder von einer bündnisähnlichen Abmachung keine Rede sein. Auf der anderen Seite hat der Empfang der Welt auf das deutlichste gezeigt, auf welcher Seite die amerikanischen Sympathien zu finden sind.

Es läßt sich auch noch nicht absehen, ob der Königsbesuch die Fassung des gegenwärtig zur Beratung stehenden neuen Neutralitätsgesetzes in einem für England günstigen Sinne zu beeinflussen vermochte. Die Regierung steht einem Entwurfe nahe, der das nach geltendem Recht in einem Kriege bestehende Waffenembargo beseitigen und an die Stelle des Ausfuhrverbotes eine Vorschrift setzen will, wonach Waffen ausgeführt werden dürfen, wenn sie alsbald bar bezahlt und in Schiffen, die nicht die Flagge der Vereinigten Staaten führen, gesandt werden. Eine derartige Regelung wäre für England günstiger als die zur Zeit bestehende. Es machen sich jedoch im Senat Widerstände gegen die Neuerung bemerkbar, und es scheint, als wolle man auch nur den Anschein vermeiden, daß der Königsbesuch Wirkungen habe, die über die Rundgebung einer herzlichen Freundschaft hinausgehen.

Madison (Wisconsin), den 15. Juni 1939.

H. W. Spiegel.

Don neutraler Warte gesehen

In der Juninummer 1939 der von Philippe Amiguet herausgegebenen Zeitschrift „Le Mois Suisse“ behandelt Gonzague de Reynold im Zuge einer längeren Auseinandersetzung über Auswärtige Politik das Problem England. Er sucht dem schweizerischen Leser die Züge des englischen Charakters nahezubringen und ihm damit zugleich die Hintergründe englischer Politik aufzuhellen und ihre Motive verständlich zu machen; allein er tut dies anscheinend ohne große Hoffnung auf entsprechenden Erfolg, weil, nach ihm, der Durchschnittschweizer überhaupt nicht imstande sei, Verständnis für England aufzubringen:

„Par malheur, le Suisse moyen, même s'il est au Conseil fédéral, en est bien incapable . . .“ —

— also beliebt der stets angriffige Reynold die subjektive Schwierigkeit zu formulieren.

Originell, wenn vielleicht auch etwas willkürlich, sieht Reynold die Grundfragen der inneren Struktur des Inselreiches: trotzdem niemand so wie der Engländer seinen persönlichen Freiheiten anhänglich sei und eifersüchtig über deren ungeschmälerte Erhaltung wache, sei es nicht richtig, England als „Demokratie“ zu bezeichnen, wie es sich in den Augen

„du Suisse moyen, même s'il est conseiller fédéral“

wieder spiegelt . . . Aus drei Etagen besteht nach ihm der englische Bau: demokratisch der erste, aristokratisch der zweite, monarchisch endlich der dritte Stock. Die Hauptetage, wenn man so sagen darf, ist nach Reynold die aristokratische, denn sie hält in letzter Linie die Entscheidung in der Hand; sie verbindet und trennt zu-

gleich das demokratische und das monarchische Element, indem sie die Monarchie verhindert, in den Absolutismus zu überwachsen, die Demokratie aber, in Demagogie und Revolution zu versinken. Drei Regierungen besitze England: die öffentliche Meinung,

„qui se laisse mener pourvu qu'on la prenne au sérieux“ —

die offizielle Regierung „Seiner Majestät“ — und eine dritte, die nie in Erscheinung tritt, aber in Wahrheit die Geschicke leitet: die Gesellschaft. Diese ihrerseits stützt sich, nach Reynold, auf zwei Pole: einen moralischen, religiösen — den Protestantismus; einen praktischen, materiellen — den Merkantilismus. Aus diesen beiden Komponenten formt Reynold ein köstliches Bild, das Bild der englischen Mission:

„Car Dieu n'a pas créé le monde; il a créé l'Anglais et il a chargé l'Anglais de créer le monde. Tout ce que l'Angleterre entreprend, Dieu l'approuve, parce que tout ce qu'elle entreprend, c'est en définitive pour le bien de l'humanité . . .“

Das notwendige Korrelat zu dieser hohen Mission, das Gewissen, manifestiert sich politisch in Gestalt der Opposition, und aus dieser Herkunft erklärt sich leicht der grundlegende Unterschied englischer Opposition zu kontinentaler Opposition: die englische Opposition formuliert sich dergestalt nicht nur als politische Institution, sondern als integrierender Bestandteil der Regierung. Deshalb wird sie niemals revolutionär sein. Sie ist geschaffen und vorhanden zum Besten des Königreichs und des Empire.

Reynold nennt den englischen Geist als von einer biblischen Idee erfüllt: von dem Gedanken, daß Gott den rechten Menschen und ein ihm treues Volk durch Erfolg, den Sieg, die Herrschaft und am Ende mit materiellem Wohlergehen belohne. Nach ihm begegnet sich hier der protestantische Pol mit dem merkantilen. Die englische Politik ist darauf aus, Macht zu besitzen, aber nur um Märkte zu gewinnen und sich die Verbindungswege offen zu halten; sind diese Erfordernisse wirtschaftlicher Prosperität einmal gesichert, so läßt der Engländer aus Überzeugung die unterworfenen Völker nach ihrer eigenen Art leben und überläßt sie, wenn immer möglich, ihrer Selbstverwaltung. Weil aber England darauf angewiesen ist, die Meere zu beherrschen, kann es die Hegemonie einer einzelnen Macht nicht dulden, sagt Reynold weiter; dies habe das Land gegenüber Napoleon und 1914 gegenüber dem Zweiten Reich bewiesen.

Allein nach dem Kriege habe England eine falsche Politik getrieben. Aus „angelsächsischer Sentimentalität und puritanischem Gewissen“ heraus habe das Reich sich dem Völkerbund vertraut, in der Meinung auch, daß der durch die Sicherheit erzielte Friede die durch den Krieg verschütteten wirtschaftlichen Möglichkeiten wieder frei machen könnte; im übrigen aber:

„La Société des Nations était le moyen suprême que Dieu mettait entre les mains de l'Angleterre pour accomplir sa mission dans le monde . . .“

Durch diese falsche und dem englischen Wesen widersprechende illusionäre Politik — Anthony Eden zeichnet verantwortlich für sie — habe England sich Italien und Japan zu Feinden gemacht und die Pläne des Dritten Reiches begünstigt, wodurch der Untergang des selbständigen Österreich und der Tschechoslowakei unvermeidlich geworden sei . . .

Heute kämpft England um die Erhaltung seines Empire. Es ist überall in der Defensiv. Es hat nicht mehr, wie früher, genug an einem Verbündeten; es braucht die Sowjets gegen das Reich und gegen Japan, obwohl es weiß, daß sie in Indien gegen den Bestand des Empire intrigieren; es sucht Anschluß an die Vereinigten Staaten, obwohl es weiß, daß sie vielleicht sein gefährlichster Rivale werden können, meint Reynold weiter. Zur konsequenten Durchführung dieser Defen-

siopolitik zur Sicherung des Empire beginnt sich England in einer Weise in der Kontinentalpolitik zu engagieren, die es früher nie kannte; in der Linie dieser Politik hat es sich zur Einführung der Wehrpflicht entschlossen, obwohl diese dem englischen Charakter durchaus widerstrebt.

Nach Reynolds kommen jedoch die Hauptschwierigkeiten für England von innen heraus: die englische Nation ist schwächer geworden; das bäuerliche Element geht zurück, die Geburtenziffer nimmt ab, es fehlt an Kolonisten für die überseeischen Besitzungen und die Dominions, schlechte soziale Verhältnisse, eine ungenügende Volkshygiene, Streiks, haben den englischen Arbeiter physisch zurückgebracht.

Kein Land der Welt ist — so schließt Reynolds — heute intakt. Doch hat England immer noch die größten Hilfsquellen. Und die englische Geschichte hat uns schon zu wiederholten Malen Beispiele dafür gegeben, daß der englischen Dekadenz gerade dann eine plötzliche Wiedererhebung folgt, wenn der Niedergang unaufhaltsam scheint. Als die französische Revolution ausbrach, war England in vollem Niedergang begriffen. Was seine Existenz rettete, das war der notwendige Kampf, den es erst gegen den revolutionären Imperialismus, dann gegen Napoleon führen mußte . . . Stehen wir heute am Beginn eines solchen Kampfes? Reynolds bejaht die Frage. England, das Empire, Europa, die ganze Welt ist im Begriff, dem wirtschaftlichen Ruin entgegenzugehen. Die Völker drohen unter ihren Lasten zusammenzubrechen . . . Die Geschäfte wollen und wollen nicht in Fluß kommen . . . Wäre es nicht am besten, dieser Lage ein brüskes Ende zu setzen? . . . Doch der Engländer verabscheut den Krieg mehr als jedes andere Volk der Welt. England ist bereit, ihn, auch um den Preis „einiger Opfer“, zu vermeiden. Sein treibender Gedanke ist die endgültige Liquidation der durch den schlechten Frieden von 1918 entstandenen Lage auf dem Wege einer neuen Friedenskonferenz mit abschließenden umfassenden wirtschaftlichen Abkommen.

Englands Anstrengung ist ungeheuer. Von ihrem Gelingen hängt, sagt Reynolds, unser Aller Schicksal ab . . .

„L'effort anglais . . . est une tentative d'adapter la vieille Angleterre, ses traditions et son esprit à des circonstances toutes nouvelles. C'est en restant fidèle à ses constantes et en se remettant sur ses lignes de force, que l'Angleterre cherche à entrer dans les temps nouveaux.“

* * *

Wir sind überzeugt, daß der Leser aus diesen Ausführungen Reynolds' manche Anregung zur Beurteilung der heutigen internationalen Lage entnehmen kann. Mag man ihnen im Einzelnen kritisch gegenüberstehen, so läßt sich zweifellos daraus mancherlei Erklärung für die grundlegende Schwelung Englands entnehmen. Wir möchten in diesem Zusammenhang gerade die Frage der Motive nicht übersehen. Reynolds' Ausführungen sind allein schon dadurch verdienstlich, daß sie einen Versuch darstellen, gewisse recht auffällige Nebelschwaden durch einen kräftigen Windstoß zu zerfegen. Allzuviel ist heute bei Beurteilung der internationalen Spannungen von „moralischen Elementen“ die Rede, und mit dem Wort „Humanität“ wird ein übler Handel getrieben. In den Entscheidungen der Weltgeschichte der letzten Jahrhunderte hat das „moralische Element“ in der Regel sein Wesen in der Ausstrahlung propagandistischen Glanzes erschöpft. In Wahrheit ging es um ganz andere Dinge.

So auch heute. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Politik Englands, auf die in dem bevorstehenden Ringen alles ankommt, im Grunde mit moralischen Elementen recht wenig zu tun hat. Es geht für England und Frankreich um die Erhaltung ihrer machtpolitischen Position gegenüber dem Vorstoß der Mächte, die das Versailler System in seinen noch bestehenden Teilen vollends zum Sturze bringen wollen, um an seine Stelle ein System nach ihrem Muster

einzusetzen, das natürlich nicht um ein Haar besser, geschweige denn „moralischer“ wäre, als das gestürzte. Daß dabei auf beiden Seiten mit sogenannten moralischen Elementen gefochten wird, gehört in das Gebiet der Propaganda, die für jene Unzahl von braven Menschenkindern geschaffen wurde, die zu faul sind, selbständig zu denken und deren Gemüt nur allzugerne bereit ist, sich dem oft unangenehmen Abwägen von Recht und Macht, unter Ausschluß von Sympathie und Antipathie, durch ausgiebigen Genuß jener propagandistischer Markotika zu entziehen, die von den Parteien mit nicht zu übertreffender Großzügigkeit über die für Süßigkeiten stets empfängliche Welt niedergegossen werden.

Es scheint uns demnach ziemlich überflüssig, der Frage nach moralischen Elementen in dem heutigen Konflikt Beachtung zu schenken. Es handelt sich um andere Dinge. Wir stehen vor einer weltgeschichtlichen Entscheidung, wie sie in Jahrhunderten nicht oftmals hat gefällt werden müssen. Was die Entscheidungen der britischen Politik betrifft, so dürften die Ausführungen Reynolds einiges zur Abklärung und vorurteilslosen Betrachtung der Dinge beigetragen haben.

* * *

Der Leser ist durch unsere Briefe über die Auffassung in zwei maßgebenden Hauptstädten unterrichtet. Es wäre diesen Darlegungen an Tatsächlichem wenig beizufügen. Die Ereignisse haben jene Entwicklung genommen, die nach München für jeden gegeben erschien, der nicht gewillt war, mit einer einfachen Abdankung der Westmächte zu rechnen.

Heute geht die deutsche und die italienische Politik darauf aus, den Westmächten die entscheidende Niederlage beizubringen. Man wird dabei die Bedeutung des Problems Danzig richtig zu würdigen haben: als ein Teilproblem, dessen Lösung wohl in dem Augenblick erzwungen werden soll, wo die offensiven Mächte die Gelegenheit für eine allgemeine Auseinandersetzung für günstig ansehen.

Besteht die Möglichkeit, daß diese Auseinandersetzung von gigantischem Ausmaß noch vermieden werden kann? Wer hätte heute den Mut, diese Frage ohne weiteres zu bejahen?

Ist es wirklich das Ziel der offensiven Mächte, die machtpolitische Suprematie in Europa an sich zu reißen, so dürfte der Konflikt unvermeidlich sein.

Die Westmächte scheinen entschlossen. Was Polen betrifft, so erscheint es verständlich, daß sie eine entscheidende Schwächung dieses Staates im eigenen Interesse nicht hinnehmen könnten. Im übrigen wird man die Beurteilung in diesem Bezirk zurückstellen, bis über die Rolle Rußlands endlich Klarheit geschaffen ist. Heute sieht es so aus, als sollte im höchsten Falle eine rein allgemeine Erklärung zwischen Rußland und dem Westen zustandekommen.

„Mourir pour Dantzig?“ Ein bekannter französischer Politiker hat diese Frage kürzlich — in negativem Sinne — öffentlich aufgeworfen. Allein die Fragestellung erscheint unrichtig. Gewiß sollte es möglich sein, diesem Problem, bei beiderseitigem gutem Willen, eine angemessene Lösung zu geben. Allein es kommt alles darauf an, was in letzter Linie bezweckt wird. Es wird auf Seiten der Westmächte der Einsatz guter Nerven nötig sein, um im entscheidenden Moment, dem wir in den nächsten Wochen entgegengehen dürften, das wirkliche Ziel der deutschen Politik zu erkennen und entsprechend zu handeln.

Zürich, den 8. Juli 1939.

Jann v. Sprecher.